

# Calmer Calwerblatt

Nr. 278. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang  
Montag, den 28. November 1921.

## Neueste Nachrichten.

Das Mitglied des englischen Unterhauses, Kennworthy, erklärte deutschen Pressevertretern in Berlin, der einzig mögliche Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos Europas bestehe in der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa.“ (Unter der Oberhoheit Englands natürlich!)

Die französische Presse zeigt sich sehr aufgeregt über eine Nachricht aus Washington, die von der Möglichkeit einer Vereinbarung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz meldet.

In Kreisen der Konferenz rechnet man mit der endgültigen Verständigung über die Abrüstungen zur See und Annahme des Vorschlags Amerikas.

Nach einer Meldung des „Matin“ konzentrierten die Engländer die Flottenstreitkräfte bei der Insel Cypern und bereiteten eine Truppenlandung an der cilicischen Küste vor.

## Die Weltkonferenz von Washington.

Verständigung über die Abrüstung zur See?

Paris, 28. Nov. Nach einer Washingtoner Meldung der „Chicago Tribune“ wird in gutunterrichteten Kreisen der Konferenz mitgeteilt, daß die endgültige Verständigung über das Verhältnis der Flottenstreitkräfte der Vereinigten Staaten, Japans und Englands in der nächsten Woche erzielt werden würde und zwar werde man dem ursprünglichen Plan annehmen. Die Unterseebootsfrage sei die einzige, über die noch keine Verständigung unter den Delegierten herrsche.

Die Rede Curzons.

Paris, 28. Nov. Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet, die Rede Curzons habe dort wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Stoß gegen das bereits stillschweigend getroffene Abkommen erblickt, das Problem der Abrüstung zu Lande nicht zu behandeln. In der französischen Delegation verheimlichte man nicht, daß der Versuch, auf der Konferenz die Debatte vom Mittelweg wieder zu eröffnen, die Zurückziehung der französischen Delegation zur Folge haben würde.

Ständige internationale Konferenzen?

Paris, 28. Nov. Wie der „New York Herald“ aus Washington erzählt, hat Präsident Harding sich mit mehreren Teilnehmern an der Konferenz über die Möglichkeit ständiger internationaler Konferenzen und der Entwicklung einer Gesellschaft der Nationen besprochen. Dem Harding'schen Entwurf schloß, heißt es in der Meldung weiter, alle Eigenschaften eines formellen Vorschlags. Er sei nur als eine persönliche Anregung mitgeteilt worden, ohne jede Andeutung über die Einzelheiten.

Bestagung über Weihnachten?

Paris, 28. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird möglicherweise die Konferenz in der ersten Dezemberhälfte vertagt werden, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, Weihnachten in der Heimat zu verbringen.

Frankreich gegen eine Berufung Deutschlands nach Washington.

Paris, 28. Nov. Mit der Möglichkeit einer Berufung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz beschäftigen sich einige Blätter von gestern abend. „Intransigent“ bezeichnet Deutschlands Teilnahme als unerwünscht. Das Blatt will nicht glauben, daß die amerikanische Nachricht auf Wahrheit beruht. Es sei bedauerlich, daß man in Washington die Absicht Briands abgewartet habe, um die Frage der eventuellen Mitarbeit Deutschlands an der Konferenz aufzuwerfen. Frankreich habe die Einladung nach Washington nur unter der Bedingung angenommen, daß sie nur alliierten und assoziierten Mächten offenstehe. Es sei zu offenkundig, daß Deutschland nur zu dem Zweck nach Washington kommen würde, um eine Revision des Friedensvertrags von Versailles zu erlangen. — „Liberte“ sagt, Deutschland habe kein Recht, sich über die Entwaffnung zu verständigen. Für Deutschland sei die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt.

Um die Unabhängigkeit Chinas.

Paris, 27. Nov. Nach einer Haas-Meldung aus Washington hat die chinesische Delegation dem Ausschuss für den fernen Osten ausgedrückt, daß die gegenwärtigen Verhältnisse die Aufrechterhaltung des ausländischen Postverkehrs nicht mehr rechtfertigen. Japan habe vorgeschlagen, die belagerten Gebiete der vier beteiligten Mächte, der Vereinigten Staaten, Frankreich, England und Japan, zu Rate zu ziehen. Die Kommission habe im Prinzip die Befreiung ausländischer Postanstalten zugestimmt und eine Unterkommission eingesetzt, die in der nächsten Sitzung einen Bericht vorlegen solle.

## „Die Vereinigten Staaten von Europa.“

Berlin, 28. Nov. Der „Berliner Lokalanzeiger“ und die „Montagspost“ veröffentlichten Unterredungen mit dem englischen Unterhausmitglied Kennworthy, der gegenwärtig in Berlin weilte. Kennworthy erklärte, der einzig mögliche Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos Europas bestehe in der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Gedanke höhe freilich bei den Regierungen und bei den breiten Massen der Völker noch immer auf den heftigsten Widerstand. Was aber wohl heute schon erreichbar sein müsse, das sei der internationale Zusammenschluß von Geschäfts- und Finanzleuten zu einer gemeinsamen planmäßigen Sanierungsaktion. Für besonders dringend hält Kennworthy ein gemeinsames Vorgehen in Rußland, um die Bodenschätze dieses Landes, insbesondere auch Sibiriens, zu heben. Ueber die wirtschaftliche Lage Deutschlands äußerte sich Kennworthy sehr zurückhaltend. Er glaubt nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februarrate hinaus neue Reparationszahlungen leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man daher Deutschland eine angemessene Stundung bewilligen.

## Gegen die Französisierung des Saargebiets.

Saarbrücken, 25. Nov. Gemäß Verfügung der Regierungskommission gilt vom 1. April kommenden Jahres ab für die Schulen des Saargebiets der obligatorische französische Unterricht. Die „Saarbrücker Zeitung“ führt dazu aus: Die einträchtigen demokratischen Grundzüge unserer Zeit werden, während Briand auf der Abrüstungskonferenz in Washington seine große Rede über Frankreichs Friedenswillen und die moralische Abrüstung hält, durch die vernünftige Haltung der Franzosen im Saargebiet rücksichtslos niedergedrückt. Wir stellen vor dem Völkerbund und der Welt fest, daß der Eingriff der Regierungskommission in das Schulwesen ein eklatanter Bruch des Friedensvertrags von Versailles ist, ganz zu schweigen von den hohen Grundfragen, die die Kommission als Treuhänder des Völkerbundes in ihrer Verwaltung zum Ausdruck zu bringen hätte.

## Zur Lage in Oesterreich.

Die Bezeugung Weitungens.

Wien, 25. Nov. Bundeskanzler Schober teilte in der heutigen Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses mit, daß nach einer jochen eingelaufenen Nachricht die Botenkonferenz dem Verlangen Oesterreichs nach Entfernung aller ungarischen Truppen und Gendarmen aus dem Oedenburger Abstimmungsgebiet restlos entprochen habe.

Wien, 25. Nov. Amtlich wird gemeldet: Heute haben die Truppen des Bundesheeres mit der beigegebenen Gendarmen den Vormarsch zur Besetzung des ganzen südlich vom Oedenburger Abstimmungsgebiet liegenden Teils des Burgenlandes begonnen.

Aus dem Bundesrat.

Wien, 25. Nov. Der Bundesrat erledigte das vom Nationalrat beschlossene Börsenbesuchsabgabegesetz zustimmend. In Beantwortung einer Anfrage des Sozialisten Bauer teilte Bundeskanzler Schober bezüglich der Beziehungen zu Rußland mit, daß unter Mitwirkung der österreichischen Vertretung vor einigen Tagen ein Vertrag nach dem Muster des deutsch-russischen in Wien abgeschlossen worden sei.

## Ausland.

### Landung englischer Truppen in Cilicien?

Paris, 26. Nov. Der „Matin“ bringt die Nachricht von der englischen Flottenaktion bei Merfina in folgende Form: Die Engländer konzentrieren in diesem Augenblick ihre Schiffe bei Cypern und bereiten eine Landung in Merfina bei Alexandria in Cilicien vor. Als Vorwand dient die Zurückziehung der französischen Truppen und die Notwendigkeit, in der Entzand sich befindet, die christliche Minderheit zu schützen.

### Eine Hezrede Poincarés.

Paris, 28. Nov. Der ehemalige Präsident der Republik, Poincaré, hat gestern bei einem vom Nationalen Club in Bordeaux veranstalteten Bankett eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte, man habe allen Anlaß anzunehmen, daß an dem Tage, an dem die internationalisierte Kontrollkommission aufgehoben werde, jenseits des Rheins rasch eine Umwälzung erfolgen werde durch ein ungeheures Material des Schreckens, der Vergiftung und des Mordens. Frankreich habe vor seinen Toren ein zentralisiertes und vereinigtes Deutschland, dessen Bevölkerung viel zahlreicher bleibe als die französische und dessen beherrschender Geist sich noch nicht wesentlich geändert habe.

## Zur Irischen Frage.

Die Verhandlungen im letzten Stadium?

London, 25. Nov. Nach Belfast sind weitere Truppen ge'andt worden. In der Stadt herrscht jetzt Ruhe. Die Verluste an Toten betragen in Belfast während der letzten Woche 26.

London, 25. Nov. Wie die Blätter melden, sind die irischen Verhandlungen in ihr letztes Stadium getreten. Es verheißt, daß Lord George bei seiner heutigen Unterredung mit Craig dem Ministerpräsidenten einen grundsätzlichen Vorschlag unterbreitet habe, auf Grund dessen weitere Verhandlungen stattfinden könnten. Von dem Beschluß des nordirischen Parlaments, das am Dienstag zusammentrete, hänge jetzt das Ergebnis der Verhandlungen ab.

## Deutschland.

### Der Reichskanzler gegen Briand.

Berlin, 27. Nov. Wie die „Germania“ hört, wird im auswärtigen Ausschuss des Reichstags am Montag der Reichskanzler Dr. Wirth die Gelegenheit wahrnehmen, um gegen die Anschuldigungen Briands auf der Washingtoner Konferenz Stellung zu nehmen.

### Stinnes noch nicht in Berlin.

Berlin, 27. Nov. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist Hugo Stinnes gestern gar nicht in Berlin gewesen und konnte schon aus diesem Grunde nicht dem Reichskanzler Bericht über seine Londoner Reise erstatten.

### Der bayerische Ministerpräsident über die deutsche Landwirtschaft.

München, 25. Nov. Die heutige Vollversammlung der bayerischen Landesbauernkammer, zu der auch der Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, erschienen war, wurde vom Präsidenten Dr. Heim mit einem Nachruf für den verstorbenen König eröffnet. Der Ministerpräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bestrebungen zum Ziele führen, den deutschen Markt mit deutschen Produkten zu auskömmlichen Preisen zu versorgen. Um dies zu erreichen, werde es notwendig sein, die Organisation noch besser auszugestalten und den Erzeuger mit dem Verbraucher in weitestem Maße und möglichst unmittelbar miteinander in Verbindung zu bringen. Die Landwirtschaft habe noch eine große politische Bedeutung. In einem Moment, wo wir noch lange nicht über die Schwierigkeiten des Krieges und der Nachkriegszeit hinweggekommen seien, sei es wichtig, daß sich der Staat auf einen Berufsstand stützen könne, der auf der Scholle sitze als vernünftiges konservatives Element. Wir müßten dahin streben, sagte Graf Lerchenfeld, daß alle Versuche, den Grundbesitz und das Heim zu mobilisieren, scheitern. Der Versuch der Sozialisierung sei abgelehnt, aber es können noch andere Angriffe erfolgen. In diesem Zusammenhang verwies der Ministerpräsident auf die Steuererleichterung und führte aus: Unser Weg ist klar: Erhaltung, Sicherung und Verärgerung der Produktion, Erhaltung und Sicherung unserer Scholle und unseres Heims. Innerhalb dieser Gesichtspunkte muß die Landwirtschaft auch Opfer bringen, die nicht geringer sein dürfen als die Opfer anderer Berufsstände. Das gibt der deutschen u. bayerischen Landwirtschaft die moralische Grundlage.

### Die Enthüllungen des „Vorwärts“.

Berlin, 26. Nov. Der „Vorwärts“ setzt heute die Veröffentlichung der kommunistischen Geheimberichte über den Märzaufruf fort. In einem Bericht des Kommunisten Schmidt an die Zentrale der K.P.D. heißt es, daß am Karfreitag in einer Sitzung der kommunistischen Führer im „Friedener Hof“ in Halle die Parole ausgegeben wurde: Provozierung um jeden Preis! Stürzt Straßenbahnen um! Schmeißt Handgepäck! — Als Beweis, wie die Kommunisten in Mitteldeutschland von der Berliner Zentrale belogen worden sind, führt Schmidt an, daß sie Berichte über die Lage im ganzen Reich bekamen, die außerordentlich günstig waren. Berlin sollte im Generalkrieg sich befinden haben. Leipzig, das Ruhrgebiet und selbst Nordbayern sollten damit angefangen haben. In Wirklichkeit war nirgends an einen Generalkrieg zu denken. — Der „Vorwärts“ teilt weiter mit, daß auf Grund des von ihm veröffentlichten Materials Strafverfahren eingeleitet worden sind.

### Strafverurteilung.

Berlin, 26. Nov. Von zuständiger Stelle wird bestätigt, daß gegen die durch die vom „Vorwärts“ veröffentlichten kommunistischen Geheimberichte über den Märzaufruf belasteten Personen ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Das Material, das sich bereits seit Juli in den Händen des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung befindet, war bisher nicht veröffentlicht worden, da die Voruntersuchung gegen die betreffenden Personen noch nicht abgeschlossen war.

Einfluss...  
mverein Calw  
rauchen nur  
Tabake  
Geschäft...  
Posten  
Stiefel  
Mützen  
waren  
Preis  
Reparaturen  
Kürschnermstr.  
heim  
Ab'effen  
ausfall  
Westliche-Karl-  
Friedrichstr. 5.  
mensonne.  
utterkalk  
fuhr.



### Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen.

Berlin, 28. Nov. Den Morgenblättern zufolge werden in Hessen nach den gestrigen Neuwahlen zum Landtag die einzelnen Parteien voraussichtlich erhalten: Sozialdemokraten 24, Unabhängige und Kommunisten 4, Zentrum 12, D. V. P. 12, Freie Bauernschaft 8, Demokraten 5, Deutschnationale 2 bis 3 Sitze. Der bisherige Landtag bestand aus 31 Sozialdemokraten, 1 Unabhängigen, 13 Zentrumsmitgliedern, 5 Mitgliedern der D. V. P., 13 Demokraten und 7 Deutschnationalen.

### Berhandlungen im Reichsministerium des Innern über eine Einheitskurzschrift.

Berlin, 26. Nov. Am 24. und 25. November 1921 sind im Reichsministerium des Innern unter Leitung des Staatssekretärs Schulz die Verhandlungen über die Einheitskurzschrift fortgesetzt worden, an denen je 3 von ihren Schulen beauftragte Vertreter von Gabelberger und Stolze-Schren teilgenommen haben. Die beiden Schulen haben sich auf einen Vorschlag geeinigt, über den das Reichsministerium des Innern alsbald mit den Landesregierungen in Verhandlungen eintreten wird.

### Gegen den wilden Aufkauf.

Berlin, 25. Nov. Durch Verordnung vom 24. November 1921 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Bekämpfung des wilden Aufkaufs von Kartoffeln bei den Landwirten mit Wirkung vom 20. November 1921 ab für diesen Aufkauf eine behördliche Erlaubnis vorgeschrieben. Dieser Erlaubnis bedürfen alle Personen, die zum Wiederverkauf von Kartoffeln unmittelbar beim Landwirt aufkaufen. Die zum Großhandel mit Kartoffeln zugelassenen Personen bedürfen einer besonderen Erlaubnis nicht, wohl aber deren Angestellte und Beauftragte.

### Landtag.

Stuttgart, 26. Nov.

Die Freitagssitzung des Landtags war die 100. der laufenden Landtagsperiode. Ein Blumenstod auf dem Präsidentensitz und eine festlich umrahmte Ausgabe der Tagesordnung gaben diesem ersten parlamentarischen Jubiläum sichtbaren Ausdruck. Zum zweiten Vizepräsidenten des Landtags wurde an Stelle des zurückgetretenen Abg. Keil (Soz.) mit 53 Stimmen der Abg. Pflüger (Soz.) gewählt. 22 Stimmzettel wurden weiß abgegeben. Pflüger nahm die Wahl an. Dann wurde beinahe vier Stunden lang über das Wohnungsabgabegesetz in erster und zweiter Lesung beraten. Die Aussprache bewegte sich nicht auf großer politischer Höhe, sondern trug mehr den Stempel parteipolitischer Auseinandersetzung und kleinlicher Fäulerei. Die Abg. Schneid (Komm.) und Ehrle (U.S.P.) lehnten das Gesetz wegen der Belastung der Verbraucher ab und forderten Sozialisierung der Baukosten, des Baustoffhandels, des Grund- und Bodens usw. Abg. Stetter (Komm.), der sich durch Zwischenrufe wie Unfug und Blödsinn auszeichnete und die Minister der Schiebung beistimmte, erhielt einen Ordnungsruf. Abg. Ströbel (V. B.) begründete die ablehnende Haltung der Rechten, die die Wichtigkeit der Förderung des Wohnungsbaus anerkennt, aber den Weg, den die Regierung mit der Erhebung der Wohnungsabgabe und die Nichtberücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen für verfehlt hält. Minister Graf betonte die Notwendigkeit des Abbaues der Zwangswirtschaft für Wohnraum und widerlegte die Bedenken des Vorredners. Daß auch das Land an den Lasten mittrage, sei vollkommen gerechtfertigt, da der Ueberfluß der Bevölkerung in der Stadt Unterkunft suche. Abg. Andree (Ztr.) setzte sich mit den Vorrednern auseinander und stimmte dem Gesetz zu. Die bewilligten 100 Millionen Mark hätten uns Wohnungen geschaffen und heute die Arbeitslosigkeit beseitigt. Abg. Pflüger (Soz.) zeigte an Zahlenbeispielen die Wirkungen des Gesetzes und stimmte ihm wie der Redner der Demokratie, Abg. Scheff, zu, letzterer mit dem Hinweis, daß gerade auch die Söhne der Landwirte Interesse an der Förderung des Wohnungsbaus haben müssen. Abg. Dingler (V. B.) nahm gegen das Gesetz Stellung unter Berufung auf die 800 Gemeinden des Landes, die noch nicht um Bauzuschüsse nachsuchten. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Ehrle, Schneid, Winker trat Ministerialrat Binder nochmals nachdrücklich für das Gesetz ein, das in zweiter Lesung gegen Rechte und äußerste Linke Annahme fand. Die dritte Lesung wird später erfolgen. Schluß viertel 9 Uhr. Nächste Sitzung: Samstag vormittag 9 Uhr: Polizeiverordnungs-gesetz, trotz des Einspruchs der Stadtverwaltung Stuttgart.

### Beantwortung von Anfragen.

#### Keine Kartoffelverschlebung.

Abg. Schneid (Komm.) hatte in einer kleinen Anfrage auf die Verschlebung von 300 Zentnern Kartoffeln von Herbrechtlingen nach Worms hingewiesen und das Vorliegen einer Kartoffelverschlebung angenommen. Minister Keil erklärte darauf, daß der Versand dieser Kartoffeln mit abgestempeltm Frachtbrief der Landesversorgungsstelle erfolgte und für die Versorgung von Arbeitern im besetzten Gebiet (Rheinbesetzung), das heute eine ausgesprochene Kartoffelmisere aufzuweisen habe, vorgenommen sei. In Württemberg seien die Polizeibehörden angewiesen worden, in Fühlungnahme mit der Bahnverwaltung dem Kartoffelverhand vor allem nach Orten außerhalb Württembergs, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

#### Gefangenen-Arbeitslöhne.

Die Abg. Keil und Pflüger (S.) hatten eine kleine Anfrage wegen Entlohnung der Gefangenenarbeit im Arbeitshaus Baihingen a. G. eingebracht. Justizminister Botz teilte mit, daß wegen Ueberfüllung der Strafanstalten 60 bis 100 Gefangene im Arbeitshaus Baihingen untergebracht waren, die bei Außenarbeit beschäftigt wurden. Für die Gefangenen

des Arbeitshauses wurden feste Tagelohnsätze von 5 M pro Tag berechnet, der Arbeitgeber hatte die volle Verpflegung zu stellen. Dem Lohne der freien Arbeiter könnten die Löhne der Gefangenen nicht gleichgestellt werden, da die Gefangenenarbeit weder quantitativ noch qualitativ den Wert der Leistung eines freien Arbeiters erreicht. Von einem Druck auf die Löhne der freien Arbeiter könne nicht gesprochen werden. Auf die Außenarbeit der Gefangenen könne aus gesundheitlichen Rücksichten nicht ganz verzichtet werden. Seit Anfang September seien keine Strafgefangenen mehr im Arbeitshaus in Baihingen, die Zweig-Strafanstalt aufgehoben.

#### Fürsorgerinnenwesen.

Minister Graf erklärte im Landtag auf Anfrage der demokratischen Frauenabgeordneten, daß die staatliche Anerkennung als Gesundheitsfürsorgerin von der Fürsorgerinnenprüfung abhängig gemacht wird und daß über die Ausdehnung der staatlichen Anerkennung auf die erzieherische und wirtschaftliche Fürsorgetätigkeit Verhandlungen schweben, die noch nicht ganz abgeschlossen sind.

#### Staatshilfe für die Kleinrentner.

Auf die kleine Anfrage der Abg. Vazille und Gen. (V. B.) und die große Anfrage der Abg. Pock und Gen. (Ztr.) betreffend Staatsaktion zu Gunsten der Kleinrentner wurde im Landtag vom Finanzminister erklärt: Nach anfänglich ablehnender Haltung des Reichs hat auf wiederholte Vorstellungen Württembergs, wie auch anderer Länder, nimmere das Reichsministerium im dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1921 den Betrag von 100 Millionen Mark unter den fortbauenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts als Zuschuß für Notstandsmaßnahmen von Ländern und Gemeinden zur Unterstützung nothleidender Kleinrentner angefordert. Die Grundzüge für die Bemessung und Verwendung der Zuschüsse werden von den beiden genannten Reichsministerien festgelegt. Sobald die Entscheidung getroffen ist, wird auch die württ. Regierung eine Forderung beim Landtag einbringen. Ich habe auf eine Beschleunigung und auf Mitwirkung der Länder gedrängt und inzwischen über die in anderen Staaten geplanten Maßnahmen Erhebungen angestellt. Auch mit den beteiligten württ. Stellen wurde über Mittel und Wege wirksamer Hilfe schon beraten, wobei sich u. a. zeigte, daß der Weg des Leibrentenvertrags bei uns sehr wenig Anklang zu finden scheint. Das Reichsministerium glaubt, der Not der Kleinrentner auch noch dadurch steuern zu können, daß sie an den Einrichtungen zum Zweck der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte teilnehmen können, wofür im Reichshaushalt für 1922 Mittel eingestellt werden sollen. Bei Umarbeitung des Schwerbeschädigtengesetzes wird ferner im Reichsministerium geprüft werden, inwieweit seine Ausdehnung auf Erwerbsbeschränkte möglich ist, ohne dadurch die besonders dringliche Unterbringung der durch dieses Gesetz besonders erfassten Kreise zu gefährden und ohne das Wirtschaftsleben in seiner freien Entwicklung, zu der die Auswahl angemessener Arbeitskräfte gehört, allzusehr zu belasten. Einer von mir an die Reichsregierung gegebenen Anregung, Erhebungen über die Notlage der Kleinrentner anzustellen, konnte diese nicht entsprechen. Es wurde aber mitgeteilt, daß die Zahl der nothleidenden Kapitalrentner im Reich auf etwa 500 000 geschätzt wird. Eine genaue Statistik wäre nur unter Zugrundelegung der Einkommens- und Vermögenssteuerrollen zu ermöglichen; die Belastung der Finanzämter mit derartigen schwierigen und zeitraubenden Erhebungen muß aber bei deren Geschäftslage zurzeit vermieden werden. Eine Statistik besteht lediglich für die Sozialrentner, die aber hier ausreichen, da ihre Besserstellung durch besondere gesetzliche Maßnahmen geregelt wird. Wie bekannt, wird von der Zentralleitung für Wohltätigkeit in diesem Monat eine Landesversammlung „Württ. Mittelstandsnotleidende“ unter staatlicher Förderung durchgeführt, so daß also auch hieraus in Kürze hoffentlich nennenswerte Beträge gewonnen werden dürften, um den in größter Not befindlichen Kleinrentnern und den infolge Alters- und Gebrechlichkeit aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Fürsorger zuteil werden lassen zu können. In steuerlicher Hinsicht wird, wie dies bereits beim Einkommensteuer- und Reichsnotopfergesetz der Fall ist, auch beim Reichsvermögensgesetz der Notlage der Kleinrentner Rechnung getragen werden, indem sie nicht nur von der Vermögenssteuer freibleiben, sondern ihnen unter Umständen das bereits entrichtete Notopfer wieder erstattet werden kann.

#### Der Ehrenbürger von Laupheim.

Minister Graf erklärte im Landtag auf Anfrage der Abg. Vazille: Nach den Erhebungen ist es richtig, daß der Gemeinderat Laupheim dem von dort gebürtigen Filmfabrikanten Karl Lämmle in Newyork im August 1919 gelegentlich seiner Anwesenheit in Laupheim, veranlaßt durch verschiedene gemeinnützige Schenkungen, das Ehrenbürgerrecht verliehen hat. Daß Lämmle in der vorausgegangenen Kriegszeit und nachher in Verbindung mit den Geschäften seiner Firma eine dem Ansehen des deutschen Volkes höchst abträgliche Tätigkeit entwickelt hatte, war dem Gemeinderat Laupheim damals nicht bekannt. Da nach Auffassung des Ministeriums die Verleihung des Ehrenbürgerrechts einer Gemeinde an einen Ausländer mit dem bestehenden Recht nicht vereinbar ist, habe ich das Oberamt Laupheim angewiesen, erforderlichenfalls nach Prüfung der Staatsangehörigkeit des Lämmle dem dortigen Gemeinderat die Widerrufung der Verleihung des Ehrenbürgerrechts anheim zu geben und nötigenfalls von Aufstufung wegen auf Grund der Gemeindeordnung vorzugehen. Ein Bericht liegt noch nicht vor, ich werde die Angelegenheit im Auge behalten. (Beifall-rechts.)

#### Ordnungspolizei und Lehramtskandidaten.

Auf Anfrage der Kommunisten erklärte Minister Graf zugleich im Namen des Kultusministers: Die Anfrage geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß beabsichtigt sei, die etwa in die staatliche Ordnungspolizei eintretenden Lehramtskandidaten im Polizeidienst zu verwenden. Dies trifft nicht zu. Vielmehr sollen diese Leute als Lehrkräfte im Elementar- und Fortbildungsunterricht Verwendung finden. Es handelt sich also um die Ausübung des Lehrerberufs durch die Lehramtskandidaten, nicht um deren eigene Ausbildung. Ge-

gen die Anrechnung der so verwendeten Zeit auf das Anwärterdienstalter bei einem Eintritt des Lehramtskandidaten in den Schuldienst habe ich in Uebereinstimmung mit dem Kultusministerium keine Bedenken.

(S. B.) Stuttgart, 24. Nov. (Zur Verstaatlichung der Polizeiverwaltung.) Oberbürgermeister Lautenschlager teilte am Schluß der heutigen Gemeinderatssitzung mit, daß ihm der Entwurf des Gesetzes über die staatliche Polizeiverwaltung in dem Wortlaut, wie er vom Polizeiausschuß des Landtags festgestellt worden ist, zugegangen sei und daß am nächsten Samstag über den Entwurf im Plenum des Landtags verhandelt werden solle. Er glaube jedoch, daß man der Stadt Stuttgart, gegen die sich das Gesetz in der Hauptsache richte, Gelegenheit geben solle, zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung zu nehmen, wie dies bei den bisherigen Entwürfen geschehen sei. Das könne der Geschäftsstage morgen nicht geschehen. Der neue Entwurf bringe schwerwiegende Änderungen. Er wolle von der geänderten Grundlage der Beitragsberechnung in Artikel 11 absehen. Bezüglich des Uebergangs der beweglichen Sachen in das Eigentum des Staats scheine nichts geändert zu sein, dagegen solle der Artikel 14 wesentlich geändert werden. — Wir haben alle Veranlassung, sagte der Oberbürgermeister, den Landtag und die Regierung zu ersuchen, u. a. erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. — Der Gemeinderat erklärte sich mit der Absendung einer entsprechenden Eingabe an Regierung und Landtag einverstanden.

### Besprechung über die wirtschaftliche Notlage.

(S. B.) Stuttgart, 25. Nov. Wie die „Schwäb. Tagwacht“ mitteilt, fand heute auf Veranlassung des Arbeits- und Ernährungsministers Keil eine Besprechung mit Vertretern aller Gewerkschaften und Beamtenverbände statt, die sich mit der Frage der wirtschaftlichen Notlage, insbesondere mit den Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung und den etwa zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigten soll.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. November 1921.

#### Die Schwäbische Liebergruppe in Newyork.

Am 28. Oktober traf der Dampfer „George Washington“ mit der Schwäbischen Liebergruppe (Chormeister Karl Kromer) an Bord in Newyork ein. Zum Besten der Wohltätigkeitsgesellschaft für Seeleute sangen diese schwäbischen Sänger vor dem bekannten General Pershing, der sich in Worten wärmster Anerkennung über den Vortrag äußerte. Aus Newyork meldete man unter dem 1. November dem Deutschen Auslands-Institut: „Im Lexington Opernhaus gab die „Schwäbische Liebergruppe“ am Sonntag ihr erstes Konzert; das Deutschland war in Scharen angedrückt, um den Sängern zu zeigen, wie willkommen sie sind; das große Opernhaus war dicht besetzt und die Vereinigten Sänger von Groß-Newyork begrüßten die Stuttgarter durch den Vortrag mehrerer Lieder. Die schwäbischen Sänger erwiderten in wunderhübschen Nationalkostümen. Man besaß meistens Lieder von Sülzer, aber auch mehrere sehr schöne Kompositionen von dem Dirigenten Kromer, zu hören. Zwischen den Liedern gab das Orchester gute Vorträge, meistens aus deutschen Opern.“

Siezen, 27. Nov. Mit Feuerlärm und Flammenchein hielt diesmal der Advent hier seinen Einzug. Nach 1 Uhr morgens wurde nämlich die Einwohnerschaft über Trommelwirbel und Trompetenläufe aufgekreuzt; denn in dem früheren Geschäftshof „Süß und Lamm“, einstiger Klosterherberge und jetztiger Strickerei von Wegel u. Gen war ein Brand ausgebrochen, der glücklicherweise von heimkehrenden Hochzeitsgästen alsbald bemerkt und durch Anwendung eines Löschapparates und das kräftige Eingreifen der Feuerwehr schnell unterdrückt wurde. Sonst wäre wahrscheinlich das hiesig denkmalwürdige Haus mit seinen kostbaren Wollvorräten ein Raub der Flammen geworden. So wurde uns in dieser Mitternacht neben dem tatsächlichen Vorgang zugleich der Ernst und die Milde des Adventgedankens in greller Betrachtung vor Augen geführt.

(S. B.) Nagold, 26. Nov. Als ein Gast in den „Schwarzen Adler“ ging, um ein Glas Bier zu trinken, fand er zu seiner Bestürzung die Adlerwirtin im Wirtschaftszimmer tot auf dem Boden vor. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein so rasches Ende gemacht, und da niemand sonst im Hause war, ist sie bis zur Auffindung durch obigen Gast tot liegen geblieben.

(S. B.) Freudenstadt, 25. Nov. Wie der „Grenzler“ hört, sind die an der Straßburgerstraße gelegenen Häuser des Sanatoriums Dr. Bauer durch Kauf in den Besitz von Ludwig Bähler (Kurshaus Wasbeck) übergegangen. Dr. Bauer wird sein Sanatorium in diesen Häusern im bisherigen Umfang weiterführen, bis sein geplanter Neubau fertig gestellt ist. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt auch erst die Uebergabe der Häuser. Der Sanatoriumsneubau wird am Westabhang des Kleenbergs erstellt. Es soll am 1. Dezember 1921 bezogen werden.

#### Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck im Südosten wird im Norden von einem kalten Luftwirbel bedroht, leistet aber noch Widerstand. Am Dienstag und Mittwoch ist zunehmende Trübung, Nachlaß der Kälte, aber noch wenig Niederschlag zu erwarten.

### Rathaus.

(Schluß.)

(S. B.) Dreißig stimmt dem Kapellenbergprojekt zu. Die Wassererföhrung sei allerdings sehr fraglich. Zur Frage der billigen Bauplätze schlage er vor, in erster Linie städtischen Besitz zu überbauen. — S. B. Sörr bezweifelte die von S. B. Bäuhle vorgeschlagenen Bauplätze. Zu den Wohnungszwecken von heute kämen später solche, die aus dem Tal heraus wollten. Warum also kein einheitliches Höhenbauprojekt? Der



Zeit auf das Anwärteramt kandidaten in den mit dem Kultministerstaatlichung der...  
er Staatlichung der...  
meister Bauten...  
ratsführung mit...  
Polizeiverwaltung...  
des Landtags...  
Samstag über den...  
adelt werden solle...  
Er gegen die...  
solle, zu den...  
dies bei den...  
schäftsfrage...  
wogen morgen...  
schwerwiegende...  
Grundlage der...  
des Übergangs...  
Staats...  
weicht nicht...  
wesentlich...  
der Oberbürgermeister...  
erklärt sich...  
an Regierung...

Kapellenberg bleibe als einziges übrig. Es falle einem freilich schwer, der Stadt die Kosten aufzuladen. Aber es sei notwendig. Die Möglichkeit, der Not ein wenig abzuheifen, dürfe nicht verjät werden. Auch die Berücksichtigung der gesundheitlichen Verhältnisse im Stadtgebiet zwinde dazu. Man solle sich hier einmal den Ausbruch einer Typhusepidemie vorstellen. Der Gemeinderat dürfe da nichts verjäten. Er stimme deshalb dem Projekt zu und sei für beschleunigte Ausführung. — Auf eine Anfrage des Gts. Pfrommer erklärt Stadtbaumeister Herbolzheimer mit Hilfe eines Kartenplans den Bau der Straße. Sie werde 3 Meter breit und die Vorlage sei für alle Zeit geschaffen. Mit der Gas- und Wasserversorgung der Häuser werde es allerdings keine Schwierigkeiten haben. Auf Gas müsse überhaupt verzichtet werden. — Auf eine Anfrage von Gt. Pfrommer, woher das Geld zu dem Bau genommen werde, erklärt der Vorsitzende, daß der Bau der Straße jetzt das Notwendigste sei und daß es sich um eine Erhöhung der Gemeindeumlage um höchstens 2 Prozent handeln werde. — Gt. Schöll stimmt ebenfalls zu, daß es keinen andern Ausweg gäbe, als die Erzielung des Kapellenberggebiets. Nach seiner Ansicht sei eben früher in der Frage viel verjät worden. Der Vorschlag von Gt. Büchle, das Gebiet von unten herauf zu erschließen, reiche für die Zukunft nicht aus. Auch gegen das Kapellenbergprojekt wäre manches zu sagen und vor allem spiele die Geldfrage mit. Aber auch er sehe keinen andern Ausweg. Er empfehle vor allem den Anliegern, der Stadt keine großen Schwierigkeiten zu bereiten. Man müsse auch ein Herz für die Allgemeinheit haben. Das Bauen falle heute keinem Siedler leicht, der mit seinem Sparpennig bauen, und das nicht nur zum eigenen Vorteil, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit mache. Er stimme dem Projekt zu. — Der Vorsitzende berichtigt verschiedene Einwürfe gegen die frühere Stadterhaltung in Siedlungsfragen und wendet sich auch gegen die diesbezüglichen Eingaben in der Presse. Gt. Dreiß unterliegt ihm in dieser Angelegenheit. — Gt. May wünscht, daß beim Bau der Straße keine zu hohen Wölbungen entstehen, und daß die Straße möglichst tief in dem Berg geführt werde. Stadtbaumeister Herbolzheimer erklärt, daß dies berücksichtigt sei. — Gt. Stadener bespricht ein befürwortet eine im Rahmen des Projekts mögliche Berücksichtigung der Anlieger, was vom Stadtbaumeister zugestimmt wird. — Gt. Silber tritt ebenfalls für den Bau der Straße ein. — Nachdem der Vorsitzende seinen Antrag noch einmal verlesen, wird auf Antrag des Gts. Störznamenlich abgestimmt. Der Vorschlag des Vorsitzenden wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Beschluß des Bezirksrats über Anschaffung einer Kraftfahrpräge. Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens. Es biete sich eine günstige Gelegenheit zur Anschaffung einer Motors (Kraftfahr-) Spritze. Diese käme der näheren wie weiteren Umgebung der Stadt und dem Bezirk zugute. Der Vorsitzende hat das Schreiben dem Oberamt zur Kenntnis gegeben. Der Bezirksrat beschloß unter gewissen Voraussetzungen der Frage der Anschaffung näher zu treten. Die Stadt müßte der Amtsvorstellung einen heizbaren Raum für die Aufbewahrung der Spritze zur Verfügung stellen, eine Bedienungsmannschaft von 25 Mann ausbilden und 3 zuverlässige Kraftfahrer stellen, außerdem sich an der Anschaffung mit einem einmaligen Beitrag von 15 000 Mark oder sich an der jährlichen Unterhaltung mit 50 Prozent beteiligen. Die Anschaffung liege, nach dem Vorsitzenden, der sich mit den Leitern der hiesigen Feuerwehr über diese Frage eingehend besprochen hat, durchaus im Interesse von Stadt und Bezirk. Jünglich komme die Stadt mit Anschaffung der Kraftfahrpräge in den Besitz einer ständigen Feuer-Alarmeinrichtung, bezw. werde wie in andern Städten eine Weckerlinie eingerichtet werden, und zwar ohne große Kosten für die Stadt. Sparmaßnahmen gegenüber komme der hohe Sach- und Gebäudewert zu heute in Betracht und die günstige, einmalige Gelegenheit, auf die billige Weise (15 000 Mark) in den Besitz einer Kraftfahrpräge zu gelangen. Es findet eine rasche Aussprache über diese Frage statt. Die Ansicht ist überwiegend, daß es nicht verantwortet werden könnte, diese günstige Gelegenheit zur Anschaffung einer Kraftfahrpräge zu verpassen. Mit allen gegen eine Stimme wird beschloßen, auf die Forderungen des Bezirksrats zur Anschaffung der Spritze einzugehen. Der wesentliche Fortschritt, der in der Einrichtung einer Weckerlinie für die hiesige Feuerwehr bestünde, dürfe auch nicht außer acht gelassen werden. Außerdem könnten als Folge der Anschaffung mit der Zeit im Feuerwehrbetrieb sonstige Erparnisse gemacht werden. — Zu Punkt 3 werden noch einige persönliche Fragen behandelt und zwei Dispensationsgesuche in Bauangelegenheiten (Alber und Firma Chr. Wagner) zur Einreichung an das Ministerium befürwortet. — Ein Antrag des Wasserwerkes, eine überzählige Pumpe zu verkaufen, wird auf Antrag des Gts. Perrot zurückgestellt. Es soll versucht werden, die Pumpe, wenn möglich, in den Dienst der Wasserversorgung des Kapellenberggebiets zu stellen. — Der Aufwand für die Neubeschaffung der städtischen Bediensteten trifft die Stadt mit 3 836,18 M. — Die Kosten für die Kriegergräber hat die Stadt wie üblich beim Ministerium angemeldet und einen Betrag von 1080 M erhalten. — Für die Mädchenschule wird ein Betrag von 100 Mark genehmigt. — Dem Kaffee- und Speisehaus werden in Würdigung der guten Führung 300 M bewilligt zum Ausgleich für die höheren Gaskosten in der Zeit, da der Herd dort nicht zu gebrauchen war. — In der Kronengasse soll eine Laterne angebracht werden.

**Vortrag über die Einheitschule.**  
Gt. Störz eröffnete die Versammlung im Badischen Hof am Freitagabend mit kurzen Worten der Begrüßung. Schon seit längerer Zeit werde über die Einheitschule diskutiert. Nachdem vor drei Wochen die Vertreter der Religionsschule zu Wort gekommen seien, habe man, um auch der andern Seite Gelegenheit zu geben, diese Versammlung einberufen. Er heiße jedermann herzlich willkommen und bitte den Referenten, zu seinem Vortrag das Wort zu ergreifen. — Landtagsabgeordneter Heymann beginnt mit einer persönlichen Bemerkung. Er sei im hiesigen Blatt in einer anonymen Anzeige unfreundlich begrüßt worden; diese enthalte außerdem eine unwahre Behauptung. Er habe nicht die Absicht die christliche Religion zu bekämpfen. Nichts liege ihm ferner als dies. Zu der Behauptung, daß ein jüdischer Redner nicht besügt sei, in der Frage der christlichen Konfessionsschule mitzupredigen, sei zu sagen, daß die Konfessionsschule für jede Konfession in Betracht komme. Außerdem bitte er zu beachten, daß der Stifter der christlichen Religion ein Jude gewesen sei. Zum Thema Warum kämpfen wir für die Einheitschule? Wir bedeute zunächst: wir Sozialdemokraten. Aber die Anhänger der Simultanschule seien nicht an die Partei gebunden. Die Mehrheit der deutschen Lehrerschaft und Fachpädagogen habe sich zum Ideal der Einheitschule bekannt. Hier kämen nur Erwägungen pädagogischer und sozialer Art in Betracht. Wer die ethischen und physischen Kräfte seines Volkes zu einheitlicher Wirkung zusammenfassen wolle, müsse sich auch Gedanken über die Wege machen, die zu diesem Ziele führten. Und das hohe Ziel dieser Zusammenfassung könne niemand bestreiten. Wenn das Wohl seines Volkes am Herzen liege, der müsse sich bemühen, alles aus dem Wege zu räumen, was dieser Einheit entgegenstehe. Aus diesen allgemeinen sozialen, ethischen und pädagogischen Erwägungen heraus sei schon vor dem Kriege der Gedanke der Einheitschule im Volke vertreten worden. Er müsse sich gegen einige Auslassungen von Rednern der letzten Versammlung wenden. Vor allem gegen die Unterstellung der Vergewaltigung anders denkender in der Gemeinschaftsschule. Diese sei in Wahrheit keine Zwangsschule. Und nichts liege dieser ferner, als das Volk zu spalten, zu trennen und zu vergewaltigen. Nichts ferner, als dem Volke in dieser Schule die Religion zu entreißen. Der Religionsunterricht soll in der Gemeinschaftsschule erteilt werden, nach den Grundbühnen der Reichsverfassung. Den Eltern sei die Garantie gegeben, daß sie ihre Kinder in ihrer Religion unterrichten lassen könnten. Es werde nun behauptet, daß dies allein nicht ausreichte. Der gesamte Unterricht in allen Disziplinen müsse unter dem Einfluß des religiösen Bekenntnisses des Lehrers stehen und in diesem Geiste erteilt werden. Dieser Betrachtung liege aber Unwissenschaftlichkeit zugrunde. Jedes Fach habe seine eigene innere Gesetze. Was man z. B. dem Religionsunterricht in der Hinsicht zugeschie, müsse man auch andern Fächern zugeschie. Der Religionsunterricht könne und solle nicht nach Gesichtspunkten der Naturwissenschaften erteilt werden und umgekehrt auch nicht der Unterricht in den Naturwissenschaften nach solchen des Religionsunterrichts. Das würde sonst zu getrigem Stillstand und wissenschaftlicher Stagnation führen. Das könne auch der Gläubigkeit nicht wolle. Es werde vielfach behauptet, daß wir gar kein einheitliches deutsches Kulturbewußtsein hätten, weil wir kein einheitliches religiöses Bekenntnis hätten. Dem liege eine Begriffsverwirrung zugrunde. Religiöses Bekenntnis und nationales Bewußtsein seien nicht dasselbe. In der fürchterlichen Lage, in die wir durch Weltkrieg und Friedensvertrag gekommen seien, müßten wir alles daran setzen, das einheitliche Kulturgefühl unseres Volkes zu pflegen, und wo es noch nicht vorhanden sei, wecken. Augenblicklich seien wir ein zerrissenes Volk. Die Bewegung, die in der Reichsverfassung niedergelegt ist, daß die Volksschule die deutsche Einheitschule sein solle, solle man nicht mit unhaltbaren Argumenten abtun, daß sie z. B. die sittlichen und geistigen Mächte, Religion und Kirche untergrabe. Daß die Jugend bis zum 14. Lebensjahre religiös unterrichtet werden soll, werde nicht bestritten und sei garantiert. Seien die höheren Schulen etwa weniger gut in bezug auf die Bildung des Charakters, weil sie nicht konfessionell gehalten seien? Augenblicklich seien sie äußerlich betrachtet, rechtlich nicht konfessionell, aber praktisch. An einem katholischen Orte seien selbstverständlich Lehrer und Schüler katholisch, an einem evangelischen evangelisch. Das sei aber nicht maßgebend für den rechtlichen Charakter. In ihnen habe jedes Bekenntnis Zutritt. In allen höheren Schulen beständen einheitliche Lehrpläne und Lernmittel. Und das sei maßgebender als die zufällige örtliche Zusammenfassung der Bevölkerung. Bis zum 14. Lebensjahre sei kein richtiges Verständnis für die konfessionellen Differenziertheiten vorhanden. Es sollten die gleichen wertvollen sittlichen Gemeinamkeiten der verschiedenen Bekenntnisse den Kindern zu Bewußtsein gebracht werden. Die Fragen, um die sich geistige Männer heute noch streiten, könne man Kindern von 14 Jahren nicht vermitteln. Es seien eben natürliche Grenzen im Lebensalter des Kindes gezogen. Das seien alles pädagogische Erwägungen. Der Kampf um die Bekenntnisschule und Gemeinschaftsschule werde mit großer Heftigkeit geführt. Aber eine Verständigung sollte doch möglich sein. Ein Umstand sei besonders schuld an der Heftigkeit: der Widerstand der katholischen Kirche gegen jede Gemeinschaft auf diesem Gebiet. Das habe sich besonders auch in der Stellung des bishöflichen Ordinariats zur freien, überparteilichen, vom Staate unbeeinflussten, alle Weltanschauungen und Volksschichten zusammenfassenden Volksbildungsarbeit des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Stuttgart gezeigt. Obgleich in der Tätigkeit dieses Vereins alle nur mögliche Toleranz geübt werde, sei nunmehr doch eine selbständige katholische Volksbildungsarbeit gegründet worden. So sei es auch auf gewerkschaftlichem Gebiete. — Der Redner führt einige Beispiele an. — Müße sich nun die evangelische Kirche im Kampf gegen die Einheitschule nach diesem Vorbilde höchster Intoleranz richten? Beruhe der Protestantismus nicht auf einer freieren, menschlicheren Auffassung? Die Weisensunterchiede zwischen den beiden Bekenntnissen seien so groß, daß es be-

fremdlich wirke, wenn die evangelische Kirche sage, weil die katholische Kirche gegen die Gemeinschaftsschule sei, könne sie nicht für sie sein. Es sei noch nicht lange her, daß die evangelische Kirche der Gemeinschaftsschule freundlicher gegenüber gestanden sei. Die katholische Kirche habe bei ihren Überbannungen auch durchaus nicht alle ihre Befolger hinter sich, das beweisen die sozialistischen Hochburgen und großen Städte im Rheinland und Bayern. In Bayern habe man sogar seit geraumer Zeit die Simultanschule gehabt, die von evangelischen und katholischen Kindern besucht worden sei. Und nichts liege der Einheitschule ferner, als die Religion überhaupt oder die Erziehung in der Religion zu bekämpfen. Wer wolle, könne sich dem Religionsunterricht unterziehen oder entziehen. Aber der Unterricht verbleibe im Rahmen des Lehrplans. Weltliche Schulen sollten gegründet werden, wo es möglich sei. Er bezweifle sehr, ob diese jeweils außer in einigen ganz großen Städten praktisch würde. In Bayern, Baden, Hessen beständen schon lange Gemeinschaftsschulen. Und man habe früher nie eine Klage gehört, daß sie der religiösen Entwicklung der Jugend im Wege gestanden seien. — Der Redner geht nun auf die Volksschulneuerung im Württemberg vom Jahre 1909 ein. Schon damals sei der Antrag gestellt gewesen, die Simultanschule bei uns in Württemberg einzuführen. Und die Regierung hätte sich nicht dagegen gestellt. Was damals beinahe möglich gewesen wäre, könne heute nicht als Angriff auf das religiöse Leben gedeutet werden. Sogar das Zentrum habe damals keine Einwände erhoben. Ein Unterschied zwischen der Simultanschule in Baden und der heute geplanten Gemeinschaftsschule, bestehe nicht. Man wolle nur die Kinder in gleicher Weise zusammenfassen wie in Baden. Die Gemeinschaftsschule sei also keine Zwangsschule und vergewaltige weder Eltern noch Kinder. Sie solle lediglich die Regelchule sein nach der Reichsverfassung. Wer seine Kinder nicht in sie einschicken wolle, könne diese mit andern zusammenfassen und in eine Bekenntnisschule senden. Eine Vergewaltigung sei es dagegen, wenn an einem Orte nur eine Bekenntnisschule bestünde, in die alle hinein müßten. Zu allem komme noch ein Moment: Das Verhältnis von Eltern und Erziehungsberechtigten zum Staat. Früher habe man nicht gedacht, in solchen Angelegenheiten die Eltern zu befragen. Und heute spreche man nun von einem unberechtigten Staatsmonopol in diesen Fragen? Früher sei an Staat und Kirche eine rechtliche Einheit gewesen. Damals habe niemand über Vergewaltigung bei Übergriffen des Staats geschrien. Der neutrale, unparteiliche, über- und unpersonliche Staat von heute solle nun in solchen Fragen auf einmal nicht mehr eingreifen dürfen. Dieser Staat wolle aber niemand vergewaltigen. Im Art. 146 der RV. sei den Erziehungsberechtigten ihr wohlgemeiner Anteil und alle Berücksichtigung eingeräumt. Die Erziehungsberechtigten könnten sich aber, wenn man die letzten Entscheidungen ihnen überlicke, unter Umständen sehr schuld- und kulturfeindlich erzeigen. Man denke nur an eine Abstimmung über das 8. Schuljahr. Und im Art. 120 sei die Erziehung des Nachwuchses als oberste Pflicht und natürliches Recht den Eltern garantiert. Die staatliche Gemeinschaft aber müsse darüber wachen. Sonst löse sich diese in Atome auf. Die Elternliebe wolle niemand ausschalten und das Elternhaus solle in erster Linie Pflanzstätte für das junge Menschenkind sein und bleiben. Aber Berufspädagogen, Staat und Parlament müßten auch zu ihrem Rechte kommen. Und man könne sich über diese Fragen verständigen, wenn man wolle. Außerdem dürfe man den Gedanken der Bekenntnisschule nicht überhören, weil sonst mit demselben Recht auch Schulen für an die Weltanschauungen gefordert werden könnten. Das Schulkompromiß von Weimar 1919 habe große Schwächen, aber es sei in einer Stunde der höchsten Not geschlossen worden. — Der Redner geht auf die politischen Verhältnisse zu der Zeit der Unterzeichnung des Friedens von Versailles näher ein. — Er selbst sei kein Freund dieses Kompromisses. Aber mit den rechtlichen Bestimmungen von damals müsse man heute rechnen und sie loyal auslegen. Es sei falsch, den pädagogischen Wert der Gemeinschaftsschule einfach herunterzusetzen. Er selbst sehe auch nicht den der Bekenntnisschule herunter. Jedem solle sein Recht werden. Die evangelische Kirche solle sich von der Mittläuferschaft mit der katholischen Kirche frei machen. Wahrhaftigkeit solle der Leitstern sein. In der Bewegung um die Einheitschule handle es sich um den abschließenden Abschnitt einer geschichtlichen Entwicklung. Von der kirchlichen Schulaufsicht habe sich der Staat schon vor dem Kriege emanzipiert. Diese Entwicklung könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Forderungen, der Religionsunterricht müsse von der Kirche beaufsichtigt werden, und von der katholischen Kirche innerhalb der Bekenntnisschule überhaupt jeder Unterricht, machten die sachmännlich-staatliche Schulaufsicht wieder vollkommen rückgängig. Das würde von neuem einen aufreißenden Kampf in der Lehrerschaft heraufbeschwören. Und weitere Kämpfe und Zerfegung würden die Folge sein. Die Anhänger der Gemeinschaftsschule dagegen forderten Ausgleich und gegenseitige Duldsamkeit. Und wer dafür sei, der müsse und möge sich dem Gedanken der Einheitschule anschließen.

(Schluß, Bericht über die Aussprache, folgt.)

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Worms, 26. Nov. 3 Uhr. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0.34 1/2 (0.33 3/4) Cents. (Dies entspricht einem Kurs von 289.86 (296.30) Mark für den Dollar. (Zitl. Ita.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ stand der Dollar Sonntag früh auf 294.75.

#### Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Die Hoffnung auf eine fortschreitende Verbesserung der deutschen Valuta war vergeblich. Der amerikanische Dollar, der vor 14 Tagen noch 320 Mark kostete, ist zwar vor



8 Tagen auf 258 Mark gesunken, aber bereits wieder auf 263,50 Mark gestiegen. Die Devisennot des Reiches, das am 15. Jan. einen Reparationsbetrag in Gold bezahlen soll, der, in unsere Papierwährung umgerechnet, mehr ausmacht als die gesamte französische Kriegsschuldigung von 1871, ist so groß, daß eine Sanierung unserer Währung einfach unmöglich erscheint. Auch das Vertrauen des Auslandes als einer der wichtigsten Faktoren dafür läßt sich schlechtendings nicht gehoben werden, wenn man die Vorgänge in Berlin mit den neuesten Ansätzen zu einem kommunistischen Putz betrachtet. Die Lage ist schwieriger als je, um nicht zu sagen hoffnungslos. Hundert deutsche Mark notierten am 23. November in Zürich 1,90 am 17. Nov. 2,05 Franken; in Amsterdam 0,90 (1,08 1/2) Gulden; in Kopenhagen 2,00 (2,20), in Stockholm 1,56 (1,75) Kronen; in Wien 2,247 (2,297) Kronen; in London 11,23 (10,45) Schilling und in Newyork 0,35 3/4 (0,39) Dollar.

**Börse.** Die Stimmung ist wieder sehr fest; der Rückgang der vorigen Woche überwunden. Immerhin ist das Geschäft etwas ruhiger geworden, weil der Kreis der Spekulanten etwas an Umfang verloren hat. Auf den einzelnen Marktgebieten sind Schwankungen anzunehmen, hervorgerufen durch das Realisationsbedürfnis der Vorsichtigen. Die Nachfrage nach festverzinslichen Werten, eine durchaus erfreuliche Erscheinung, hält an und kommt auch durch eine Kurssteigerung zum Ausdruck, besonders in Hypothekenspandbriefen.

**Produktenmarkt.** Das Geschäft ist etwas stabiler

geworden, die Tendenz aber fest geblieden. Eine Anreiz bietet gegenwärtig das Bedürfnis, die Ware noch vor dem 1. Dezember mit leiner großer Frachterhöhung hereinzubekommen. In Berlin notierten am 24. November: Weizen 328-338 (unverändert), Roggen 295-305 (plus 5-10), Sommergerste 390 bis 395 (minus 5, vorige Woche um 100 zu niedrig angegeben), Hafer 302-310 (plus 15), Mais war nicht notiert (vor 8 Tagen 320) Mark. Heu wurde am 21. November in Stuttgart unverändert mit 200-220, Stroh um 5 Mark mit 85-95 M notiert.

**Warenmarkt.** Die Hamsterkäufe des In- und Auslandes dauern auf allen Marktgebieten an. Zum Teil sind es auch Angstkäufe. Insgesamt aber stellen sie einen Ausverkauf dar, der die Preise fortzieht in die Höhe treibt und die ganze ungeliebte Lage unserer Wirtschaft kennzeichnet. Dazu kommt noch das Weihnachtsgeschäft, das heuer aus Furcht vor weiteren Preissteigerungen früher eingeleitet hat als sonst. Zuverlässige Preisnotierungen gibt es kaum, denn sie sind vielfach, bevor sie gedruckt werden, bereits überholt. Am empfindlichsten zeigt sich dies in Textil- und Lederwaren, aber auch in Schmalz und Margarine, ferner in Kartoffeln, Zucker usw.

**Viehmarkt.** Die Preise ziehen fortgezogen an. Von einem Rückgang kann nirgends mehr die Rede sein, aber auch nicht von einheitlichen Preisen. Die Schlachtviehmärkte sind gut befahren, aber ein großer Teil der Zufuhr wandert nach Norden.

**Holzmarkt.** Sichere Marktpreise fehlen. Eine nervöse Kaufkraft ist nicht zu verkennen, aber die Käufer müssen sich noch gedulden, weil der Waldbesitz mit seinen Hauptfällungen erst begonnen hat. Am begehrtesten ist Kadelstammholz, aber auch nach Schüttwarenen nimmt die Nachfrage stark zu. Bei Stammholz gehen die Preise, soweit bis jetzt verläßt, auf 7-10 Prozent der neuen Tage, vor vier Wochen noch auf nicht viel mehr als 200 Prozent.

### Die Verjüngung der Obstbäume.

Die Verjüngung der Obstbäume kann bei frostfreiem Wetter während des ganzen Winters, vom Oktober bis in den März hinein, vorgenommen werden. Die Verjüngung besteht Erneuerung einer erkrankten, stark verletzten oder älteren Baumkrone durch Herabrufen junger Schößle. Die Entkränkung kann durch Gipfelbürre oder Krebs, die Verletzung durch Nagel, Schneeebruch oder Sturm verursacht sein. Beim Verjüngen fallen sämtliche Äste bis zur Hälfte ihrer Länge durch die Säge. Alle Schnitte sollen über Ästen und Zweigen ausgeführt werden, die Schnittflächen in schräger Richtung liegen. Größere Wunden müssen mit Baumalbe verstrichen werden. Der Verjüngung zugänglich sind alle Kern-, Stein- und Schalenobstbäume.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. R. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

## Spielwaren Christbaumschmuck

finden Sie in grosser reichhaltiger Auswahl zu mässigen Preisen bei

### Karl Stüber, Biergasse, Calw.

Telefon 114. Sonntags geöffnet.

Der heutigen Stadtausgabe liegt ein Prospekt über die 19. Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie des württembergischen Lotterieträgers Carl von Soden in Stuttgart, bei.

Forstamt Hoffstett, Post Leinach.

### Reichholz-Verkauf.

Mittwoch, 7. Dezember, vorm. 10 Uhr im „Lamm“ in der Huten Agenbach, Michelberg, Rehmühle Madel; unortet Km: 1128; ferner Km Koller: 91, 25 H. Kl. Losverzeichnisse von d. Forstdirektion G. J. H. Stuttgart.

## Stromsperre.

Wegen dringend notwendig gewordener Reparatur an unserem Dieselmotor sind wir am

**Dienstag, den 29. November 1921, von mittags 5 Uhr ab**

**nicht in der Lage, die Stadt voll mit Strom zu versorgen,**

es sei denn, daß der Stromverbrauch von jedermann so weit als möglich eingeschränkt wird. Ist dies nicht der Fall, dann sind wir genötigt, das ganze Leistungsgesetz abzusprechen. Calw, den 25. November 1921.

Stadt. Elektrizitätswerk: Schlach.

### Achtung.

Am Mittwoch, den 30. ds. Mts., (Andreas-Feiertag) findet eine

## Weber-Versammlung

im Gasthaus zum „Dösch“ in Altburg stat. Anfang mittags 2 Uhr. Hierzu laden freundlichst ein

Mehrere Weber.

### Sofort zu verkaufen! Wohnhaus

in Bad-Leinach, in gutem baulichen Zustande vier Zimmer, Küche, Keller, elektr. Licht, Wasserent., Gemüsegarten, dem Haus, circa 17 ar. Gemarkung 10 Minuten entfernt.

Preis 60.000 Mk. Näheres durch den Beauftragten

Immobilien-Büro J. Proß Bad Leinach (Württemberg) Fernsprecher 18. Kälberport erbeien.

Ein in der Landwirtschaft erziehen.

## Mädchen,

nicht unter 18 Jahren wird b.s. Weihnachtstagen gesucht.

Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes und das Arbeitsamt.

Verkaufe am Dienstag mittags 1 Uhr einen Wurf aus Fressen gewöhnliche schone



### Milchschweine

Dorothea Schneider, Simmozheim.

Stammheim. 2 leichtere



### Ungarn-Pferde

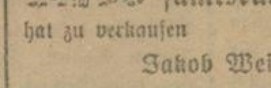
das eine 2-jährig, das andere etwas älter, jetzt dem Verkauf aus. Matthäus Abefe.

### Englische Armeekorps-Wolldecken

geeignet für Soldaten, warme Herren-, Damen- u. Kinderkleidung. Länge 2, Weite 1, 1/2, 2 Meter. Preis pro St. Mk. 98.— franco Nachnahme. Zentrale, Köln. Bagarogasse 2.

### Althengst.

Eine jüngere



hat zu verkaufen Jakob Weik.

## Davoser Schlitten Leiterwagen

bei Karl Stüber, Biergasse.

### Stammheim. 1 starkes

## Läufer-Schwein



verkauft Binder, Pfälzer.

### Altbuch.

Verkaufe am Mittwoch (Matthäusfeiertag) mittags 1 Uhr einen Wurf aus Fressen gewöhnliche



### Milchschweine

A. Weber, zur Krone.

Forstamt Hoffstett, Post Leinach.

### Stammholz-Verkauf.

Am Samstag, 10. Debr. 1921, vormittags 10 Uhr in Neuweiler im „Lamm“ Scheidholz aller vier Arten: 324 Fo mit 3m Länge: 21 II., 163 III., 112 III., 57 IV., 12 V., 1 VI.; Eichen: 11 I., 19 II., 13 III., 248 IV. mit 3m Länge: 8 I., 22 II., 55 III., 38 IV., 33 V., 2 VI. Eichen: 8 I., 15 II., 5 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. J. H. Stuttgart.

### Ein 18-jähr. Junge

sucht auf 1. Januar Stellung als Fuhrknecht bei einem leichten Fuhrwerk. Gest. Angebote unter G. R. 278 a d. Geschäftsst. ds. Bl.

### Kottweierhund

(Hülse) hat sich verlaufen, abzugeben gegen gute Bezahlung bei

### Friedrich Gaiser Altbuch.

Eine alleinlebende ältere

### Frau

welche noch Hausarbeiten versehen kann gegen Kost und Wohnung für sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Fahrpläne

für den Bezirk Calw erhältlich in der Geschäftsstelle dieses Blattes, am Stück zu 80 Pf.



Glänzend gelöst durch Madafom-Haarpflege! In einschlägigen Geschäften. Heilbronner & Co. Heilbronn a.M.

## Felle

von Kamm, Feldhasen, Reh, Gassen, Fuchs, Marder, sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Preisen an.

Erich Maischhofer, Pforzheim Mod. Vervorstopererei, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

## Einen größeren Posten Damenstiefel

hat preiswert zu verkaufen.

Karl Fischer, Schuhgeschäft, Stuttgarterstraße.

### 1-2 möblierte Zimmer

f. bald gesucht. H. Mayer, Bahnhofsstr. 413

### Mädchen

aus guter Familie, das zu Hause schlafen kann, findet sofort Stellung bei Frau Frid. Sayer, Hirsau.

Für die noch brach daliegenden u. im Herbst eingehenden Gelder empfehlen wir: als günstige Kapitalanlage: 4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige hypothekarisch sichergestellt Industrie-Obligationen. Spar- u. Vorschussbank Calw.

### Forstamt Hirsau. Akkord über Lieferung und Kleinschlagen von Steinen.

Am Freitag, den 2. Dezember nachmittags 3 Uhr wird im Waldhorn in Hirsau die Lieferung von 50 cbm Kalksteinen, die Bel. uhr von 125 cbm Quarzsandsteinen aus dem Steinbruch bei der Hügelsburg, sowie das Kleinschlagen der Steine verankündigt.



Preis das Paket Mk. 4.—